

## Deutschland.

**Berlin, 4. Juli.** Da bis heute noch keine Bestimmungen über die Reise Sr. Maj. des Königs nach Schleswig-Holstein getroffen worden sind, so ist dieselbe wohl als ausgegeben zu betrachten. — In der gestrigen Sitzung des Bundesraths ist das Notgesetz über die Besetzung angenommen worden. Wir haben die Annahme bekanntlich seit längerer Zeit in Aussicht gestellt. Wenn die „Magdeb. Ztg.“ mittheilt, daß das Gesetz bei zwei preussischen Ministerien Widerstand gefunden hätte, so liegt hier wieder eine vollständige Unkenntnis der Thatfachen zu Grunde, wie sie bei diesem Blatt häufig vorkommt. Das Gesetz ist gar nicht zum Vortreten der einzelnen Ministerien gekommen, sondern in einem Ministerialrath in Erwägung gezogen, in welchem ohne Weiteres beschlossen worden ist, es dem König zur Genehmigung zu empfehlen. — Der Verfasser der Parlamentsbriefe in der „Köln. Ztg.“ schließt einem seiner Briefe mit der Bemerkung, es werde sich nunmehr zeigen, ob man die Entschlossenheit besitze, in der Zwischenzeit zwischen dem letzten und dem nächsten Reichstage dem Bundespräsidenten in einen deutschen Kaiser und das Bundeskanzleramt in ein verantwortliches Ministerium zu verwandeln. Der Verfasser wird sich selbst sagen, daß er sich nur auf dem Gebiet der Phrase bewegt, denn bei näherer Ueberlegung wird er selbst einen so eloquenten Staatsstreich nicht befürworten wollen, wie ihn ein solcher Akt in sich schließen würde. — In der „Presse“ spricht sich aus Anlaß der Gedächtnisfeier der Schlacht bei Königgrätz überall die freudigste Anerkennung des damals Geleisteten, sowohl wie des seitdem Erreichten aus. Einen lächerlichen Eindruck macht das welfische Organ die „Deutsche Volkszeitung“, wenn sie in einem Leitartikel eine Parallele zwischen dem 3. Juli und 2. Dezember zieht, sowohl was die Thatfachen, als was die Folgerungen, die sie daraus zieht, betrifft. Dasselbe Blatt bemerkt jetzt, daß ihre neuen Auslassungen bei Gelegenheit des Besuchs des Königs von ihren Freunden mit Mißfallen aufgenommen worden seien und entschuldigt sich damit, daß sie nur den thatsächlichen Eindruck habe konstatieren wollen. Nun etwas Anderes haben auch wir nicht thun wollen, als wir auf den betreffenden Artikel dieses Blattes hingewiesen haben: es ist jedenfalls eine sehr bedeutsame Erscheinung, wenn sich ein so preußenfeindliches Blatt wider Willen bewegen fühlt, den Eindruck, der den Besuch des Königs gemacht hat, in der erwähnten Weise zu konstatieren. — Der „Hannoversche Courier“ bemerkt mit Bezug auf die Angelegenheit der hannoverschen Obligationen und die Frage der Art ihrer Tilgung, er wisse nicht, ob der Finanzminister bei den Verhandlungen mit der Staatsbankrott-Kommission über diese Angelegenheit mit der gehörigen Entschiedenheit vorgegangen sei. Hierbei ist zu wiederholen, was der Finanzminister nicht in der Lage ist, der Staatsschulden-Kommission Vorschriften zu machen; selbst Allerhöchste Einwirkungen sind auf dieselbe nicht thunlich. Die Mitglieder der Kommission sind vielmehr eifrig verpflichtet, bei Ausführung der einschlägigen Gesetze lediglich nach ihrer Ueberzeugung zu verfahren. — In Folge der bedauerlichen Lage, in welcher sich häufig die nach Rußland, namentlich nach Wilna ausgewanderten befinden, hat sich der Minister des Innern bewegen gefunden, die Oberpräsidenten auf die Circularverfügung vom 10. August 1861 hinzuweisen, in welcher dieselben aufgefordert werden, Warnungen vor einer leichtfertigen Auswanderung nach Rußland ergehen zu lassen. Auch ist kürzlich ein Erlaß desselben Ministers erschienen, in welchem das Publikum darauf aufmerksam gemacht wird, daß die preussische Regierung nicht in der Lage ist, den Ausgewanderten den gewünschten Schutz anzubringen zu lassen, wenn sie die russischen Passvorschriften nicht beachten und sich in dieser Beziehung Fehlleistungen oder nicht beachteten Uebertretungen zu Schulden kommen lassen. Es sind bei diesen Warnungen vor Allem auch die Arbeiter und Dienstboten in Betracht gezogen, da namentlich bekannt ist, daß Juden in Wilna mit Königsberg in Verbindung stehen, von dort in Dienstmädchen heranziehen und dieselben ausnützen und in Mißverhältnissen bringen. — Nach einer statistischen Zusammenstellung über den preussischen Telegraphenbetrieb in den Jahren 1852 bis 1867 ist die Länge der Telegraphenlinien von 449 auf 2965 und der Leitungen von 919 auf 9782 Meilen gestiegen. Die Zahl der Stationen ist von 48 auf 830, der Apparate von 129 auf 1808 und der Beamten von 306 auf 2934 vermehrt, sei den angegebenen Depeschen, deren Zahl von 48,751 auf 3,093,949 gestiegen, kann nur erst vom Jahre 1859 eine statistische Scheidung zwischen internen und nicht internen angegeben werden. Die internen haben sich von 243,418 auf 2,407,999 und die nicht internen von 106,579 auf 685,950 vermehrt. Diese Zahlen liefern den Beweis, daß der telegraphische Verkehr auf kurzen Strecken stärker als auf den langen gewesen ist. Die Statistik über die angekommenen Depeschen reicht nur bis zum Jahre 1853 zurück und ist die Zahl derselben von dieser Zeit ab von 89,357 auf 3,221,060 gestiegen. Auch bei diesen Depeschen hat erst seit dem Jahre 1859 eine besondere Aufführung von internen und nicht internen Depeschen stattgefunden. Die Zahl jener hatte sich von 255,435 auf 2,520,460 und dieser von 106,225 auf 700,600 erhöht. Auch hier zeigen die internen Depeschen eine entschieden stärkere Vermehrung, als die nicht internen. Die statistischen Mittheilungen über die transitirenden Depeschen beginnen erst im Jahre 1855, von wo ihre Zahl von 14,115 auf 473,000 gestiegen ist. Bei diesen Depeschen zeigt sich eine Bemerkung um das Bierzigfache, die sich dadurch erklärt, daß die Telegraphenlinie von Preußen herum sich überaus schnell ausgedehnt haben, die Einnahme der Telegraphenverwaltung ist von 114,539 auf 1,585,245 Thlr., die Ausgaben sind von 173,993 auf 1,527,584 Thlr. angewachsen. In den Jahren 1852, 53 und 54 erforderte die Telegraphenverwaltung einen Zuschuß von 46,000 bis 59,000 Thlr., von da ab

ergab sich ein Ueberschuß, der schon im Jahre 1855 168,000 Thlr. betrug und seinen Höhepunkt im Jahre 1860, wo er sich auf 287,000 Thaler belief, erreichte. Von da an wurde er allmählich geringer und wies im letzten Jahre nur noch 57,661 Thaler nach.

**Berlin, 4. Juli.** Sr. Maj. der König empfing gestern Vormittags auf Schloß Babelsberg einige Militärs, unter ihnen den General v. Löbn und den Major v. Brandenstein vom großen Generalstabe, welcher zur Großherzoglich hessischen Division kommandirt war und von Darmstadt hierher zurückgekehrt ist, nahm darauf die Vorträge des Chefs des Civil- und Militär-Kabinetts v. Mühlner und v. Trescow, des Hausministers v. Schleinig, des Unterstaatssekretärs v. Thile entgegen und erteilte Audienz. Mit einer Einladung zur königlichen Tafel waren beehrt der Finanzminister Baron v. d. Heydt, der Justizminister Dr. Leonhardt, der Hausminister v. Schleinig und Gemahlin, der Senator Silbermeister u. s. w. Der Thee wurde auf Schloß Sandzouci eingenommen.

— Die Abreise des Königs nach Bad Ems ist, wie es heißt, bis zum Mittwoch Abends aufgeschoben worden. Die in Anregung gewesene Reise des Königs nach Schleswig-Holstein soll bis zum Herbst verschoben worden sein; der König will alsdann auf Schloß Glücksburg wohnen.

— General Vogel v. Falkenstein, Oberkommandeur des 1. Armeekorps, steht am 16. Juli d. J. der seltenen Feier einer 60jährigen (incl. der Kriegsjahre als doppelt berechnet) aktiven militärischen Dienstzeit entgegen.

— Von mannigfacher Interesse, auch über den Bereich des Bezirks hinaus, ist die Verfügung der königlichen Regierung zu Potsdam, welche eine „möglichst strenge Handhabung der über die Tanzlustbarkeiten auf dem platten Lande bestehenden Vorschriften“ fordert. In Folge dieser Forderung hat der Landrath des unmittelbar bei Berlin beginnenden Kreises Teltow sich veranlaßt gesehen, durch Verfügung die Ortsobrigkeiten zu ersuchen, bei der Ertheilung der Tanzverläubnisse mit der größten Vorsicht zu verfahren und ihrerseits Alles zu thun, um der überhand nehmenden Neigung zur Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten entgegen zu wirken. Der Landrath hält es der Regel nach für hinreichend, wenn in den Distrikten des platten Landes im Laufe des Jahres „nur vier Mal die Erlaubnis zu Tanzvergnügungen erteilt wird, bei Ueberschreitung dieser Zahl, die aus lokalem Verhältnisse gerechtfertigt erscheint, behält sich der Herr Landrath die Entscheidung für jeden Einzelfall vor.

**Berlin, 5. Juli.** Am 8. d. M. wird in Württemberg die Wahl zum II. Kammer stattfinden, und im ganzen Lande herrscht darüber große Aufregung. Auch für uns wird das Wahlergebnis insofern von Interesse sein, als es den Maßstab dafür abgeben kann, ob sich die Stimmung der Schwaben gegen Preußen in neuester Zeit verbessert hat. Ueber die Chancen der verschiedenen Parteien bringt die „A. A. Z.“ folgende Zusammenstellung, welche ihr aus Stuttgart geschrieben worden: Das Programm des „Beobachters“ vom 10. Juni mit demokratischem Südbund, Milizsystem und Zertrümmung der Verträge, sowie die Erweiterung auf dasselbe von Seiten des „Staatsanzeigers“ sind bekannt. Seitdem sind die demokratischen Bewerber alle von dem oder jenem Punkt des Programms zurückgetreten. Der eine will keinen Südbund, der andere schwört auf die Verträge, ein dritter hält die Einführung der allgemeinen Volkswaffen für unpraktisch, und in den innern Fragen, ob Einkammersystem, Erweiterung der Befugnisse der Volksvertretung, Decentralisation u. s. w., gehen sie ohnedies auseinander. Durch diesen Dissens sind übrigens, wie natürlich, die kleinen Häretiker nicht aus dem Schooße der liebenden Volkspartei ausgeschloffen, sondern genießen insgesamt den kräftigen Schutz des Landtagskomitees und des Parteiorgans. Die Volkspartei hat in 53 Bezirken (von 70) demokratische Kandidaten aufgestellt, 17 Bezirke aber sich selbst überlassen, unter letzteren Stuttgart, Ulm, Cannstatt, Ludwigsburg, Ravensburg, Uraach. Unter diesen 53 Bewerbern haben nach einer auf genaueren Erkundigungen beruhenden Schätzung 25 mehr oder weniger Aussicht durchzubringen. Die Nationalliberalen halten sich zurück und haben bloß 10 Kandidaten aufgestellt. Sehr eifrig haben sich die Landwirthe zusammengethan, um mit Rücksicht auf die dem nächsten Landtag vorzuliegende Revision der Steuergesetzgebung Standesgenossen in die Kammer zu bringen, welche der seither unzweifelhaft bestandenen Ueberlastung des Grundbesitzes ein Ende machen sollen. Der Grundbesitz hatte nämlich in Württemberg seit 1821  $\frac{1}{24}$  der direkten Steuern zu entrichten, während auf die Gebäude  $\frac{3}{24}$  und auf die Gewerbe  $\frac{1}{24}$  kommen. Die Volkspartei, welche durch diese landwirthschaftlichen Kandidaten einen sichern Ausfall an Stimmen zu erwarten hat, polemisiert gegen dieselben als gegen verkappte Regierungskandidaten, wird aber nicht viel dabei ausgerichtet, weil die Steuererleichterung von dem Landvolk als erstes Postulat festgehalten wird, was sich durch Fachmänner und Selbstthätigste leichter und gewisser erreichen lasse als durch die Fabrikanten, Advokaten und Kaufleute der Volkspartei, die ein anderes Interesse haben, als der Grundbesitz. Die Wahlbewegung ist überall sehr lebhaft. Der Ausfall der Wahlen aber wird lehren, daß die Befürchtungen, als bekomme Württemberg eine demokratisch-preußenfeindliche Kammer-Majorität, sich nicht bewahrheiten werden.

— Wie v. lautet, soll sich die Nachricht mehrerer Blätter, nach welcher die norddeutsche Postverwaltung beabsichtigt, bei der nächsten allgemeinen deutschen Postkonferenz den Antrag zu stellen, der Post den Debit von Zeitungen zu entziehen, bestätigen. Allerdings ist der Zeitungsdebit eine Arbeit, welcher sich weder die Posten von England, noch die in Italien und Frankreich unterziehen, indeß war dieses Geschäft ein Vorzug, dessen sich Deutsch-

land mit Recht vor jenen Ländern erfreute. Das Postinstitut stand sich bei den Prozenten, die sie für ihre Mißwaltung erhielt, nicht übel, auch fand sich das Publikum bei dieser Einrichtung wohl. Ginge dieser Antrag Norddeutschlands durch, so würde man auswärtige Zeitungen entweder durch Kommissionäre oder noch häufiger unter Kreuzband erhalten. Das Letztere wäre entschieden sehr theuer, selbst wenn, wie es der General-Postdirektor v. Philippborn beabsichtigt, das Porto für Kreuzbänder herabgesetzt würde. Vor der Hand soll Bayern ernstlich diesem Antrag widerstreben, der überhaupt erst nach zwei Jahren auf die Tagesordnung der Postkonferenz gesetzt werden kann.

**Dresden, 3. Juli.** Der französische Gesandte am sächsischen Hofe ist auf unbestimmte Zeit nach Frankreich gereist und es ist überhaupt sehr in Frage, ob er wieder zurückkehren wird. Allem Vermuthen nach zieht die französische Regierung den Gesandtschaftsposten ganz ein. — Am Sonntag wird hier eine General-Versammlung des gesammten deutschen Kassalischen Arbeitervereins abgehalten.

**Dresden, 4. Juli.** Die hier lebenden Amerikaner feiern heute den Tag der Unabhängigkeits-Erklärung durch ein Picnic in Schandau.

**Rudolstadt, 4. Juli.** Heute Abend um 7 Uhr ist der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit der Prinzessin Marie von Schwarzburg-Rudolstadt getraut worden.

**München, 5. Juli.** Sicherm Vernehmen nach hat laut einer aus Amerika eingetroffenen telegraphischen Depesche der Staatsangehörigkeits-Vertrag zwischen Bayern und den Vereinigten Staaten bereits die Genehmigung des Senates zu Washington erhalten.

## Ausland.

**Wien, 4. Juli.** Der Vice-König von Egypten, welcher hier erwartet wurde, wird nicht kommen. Die Aerzte haben ihm die Donaufahrt widerrathen; er wird daher wahrscheinlich über Triest oder Ancona reisen.

**Wien, 5. Juli.** Das „Tageblatt“ meldet: Der Reichskriegsminister verordnet die sofortige Verurteilung von 20 Mann per Kompagnie. Die R. R. Armee wird dadurch um ungefähr 36,000 Mann reduziert. — Dem „Neuen Fremdenblatt“ zufolge ist die Antwortnote des Frh. v. Beust auf die päpstliche Allocution gestern abgegangen.

**Paris, 4. Juli.** In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers vertheidigte der Berichterstatter Buffon die Arbeiten der Budget-Kommission, welche zwar nach Sparsamkeit strebe, indessen den Rang und den Einfluß Frankreichs dem Auslande gegenüber, sowie das Gedeihen der Friedensarbeiten des Landes im Innern zu erhalten suche. Jules Favre äußert sein Erstaunen über das Stillstehen, welches von der Regierung in Betreff der Rüstungen beobachtet worden sei. Weder Frankreich noch irgend eine benachbarte Nation wolle den Krieg! Wenn aber Niemand denselben wünscht, wozu die Rüstungen? Die Staaten Europas seien allerdings umgewandelt, aber nur im friedlichen Sinne, die Vollkommenheit der Waffen mache mehr und mehr den Krieg unmöglich. Alle diese Kanonen und Gewehre seien nur eine Verschwendung gegen die Völker, und Frankreich sei nicht reich genug, um das Kaiserreich bei derartigen Zuständen erhalten zu können. Für diese Worte wurde zur Ordnung gerufen. Rouher sagte darauf, ein solcher Angriff gegen die Regierung sei machtlos und verächtlich. Die Vollkommenheit der Waffen sei allerdings eine Garantie gegen den Krieg, aber diese Garantie könne nur durch den lebhaftesten Wunsch, solche Waffen nicht gebrauchen zu müssen, erzielt werden. Die Regierung und die Majorität der Oppositionspartei seien in dem Wunsche nach Frieden und Fortschritt der Civilisation einig. Er könne sich nur denken, daß der Krieg der Ehre wegen, nicht aber Territorial-Verhältnisse halber geführt werde. Großer Beifall. Die General-Diskussion wurde hierauf geschlossen.

— Der Kaiser hat einem Minister rath in den Tuilerien präsidirt und darauf um 3½ Uhr wieder nach Fontainebleau abgereist. — Der Kaiser hat befohlen, daß nach Abhaltung der General-Inspektionen eine möglichst große Anzahl Soldaten auf halbjährigen Urlaub entlassen werden soll. Der Kriegsminister hat demgemäß die erforderlichen Instruktionen erlassen.

**Paris, 5. Juli.** Die „France“ sagt, daß die ministeriellen Arrangements in Preußen während der Abwesenheit des Grafen Bismarck Wichtigkeit erhielten, wenn sie von Dauer wären, denn die preussischen Minister würden dann Minister des norddeutschen Bundes werden. — Der „Tempo“ sagt, daß die Reflexionen, welche die „Provinzial-Correspondenz“ an die Festlichkeiten in Worms knüpft, bedauerliche Provokationen, die gegen Frankreich gerichtet seien, enthielte.

**Florenz, 4. Juli.** „Nazione“ theilt mit, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien Dienstag ihre Reise antreten und auf denselben auch Holland, Belgien und England besuchen werden.

**Belgrad, 30. Juni.** Kapitän Marzailovic ist bekanntlich wegen seiner Betheiligung an dem Komplote Angeklagter einer ungeheuren Volksmenge erschossen worden. Vor der Front der ausgerückten Truppen wurden dem Unglücklichen die Distinktionszeichen abgerissen. Dann stand er gefesselt Hauptes vor seinen Untergebenen und mußte darauf gleichsam in's Grab hinuntersteigen. Man stellte ihn nämlich in ein frisch ausgeworfenes Grab, mit verbundenen Augen und gefesselten Händen und so mußte er die Gewehrsalve erwarten. Er betete dem Geistlichen mit leiser Stimme nach. Plötzlich ermannte er sich. Er wünschte noch eine Cigarre im Leben zu rauchen. Ein Kamerad reichte ihm dieselbe. Marzailovic machte einige Züge und dann sprang er in das offene Grab und sank von drei Kugeln getroffen zusammen. Während

